

Niederkassel, d. 07. März 2009

## **Pressemitteilung:**

### **Gesamtschul-Politik ist nicht bedarfsgerecht Landesregierung gefährdet die Leistungsfähigkeit des Schulsystems**

Der Bundesverband Aktion Humane Schule (AHS) nimmt mit Befremden die Absicht von NRW-Kultusministerin Barbara Sommer (CDU) zur Kenntnis, rechtlich verbindliche Kriterien für die Beurteilung der Leistungsheterogenität an Gesamtschulen vorzuschreiben. „Das schulische Angebot in Städten und Gemeinden hat sich am Bedarf der Bevölkerung zu orientieren, nicht am Verwaltungsdenken der Kultusbürokratie“, kommentiert AHS-Bundesvorsitzender Detlef Träbert (Niederkassel) den Plan aus dem Hause Sommer. Gleiche Kriterien für die Errichtung von Gesamtschulen in ländlichen Regionen wie in Ballungsräumen, in sozial intakten Wohnbezirken wie in sozialen Brennpunkten sei wirklichkeitsfremd und gehe an den Bildungsbedürfnissen der Menschen vorbei.

Die geplante Festschreibung von Quoten für die Einschulung von Fünftklässlern an Gesamtschulen (40 % Hauptschul-, 30 % Realschul- und 30 % Gymnasialempfehlungen) behindere die dynamische Leistungsentwicklung aller Schulen. „Nicht erst seit den PISA-Studien, sondern schon seit mehr als 30 Jahren belegt die Schulforschung, dass die Bildungsempfehlungen der Grundschulen wenig treffsicher sind und auch nicht treffsicher sein können. Die Zulassung von Gesamtschulen an dieses unsichere Kriterium zu koppeln schadet massiv der Leistungsfähigkeit des Schulsystems“, kritisiert Träbert.

Nach Einschätzung der Aktion Humane Schule hat die Bildungspolitik der gegenwärtigen Landesregierung die NRW-Schulentwicklung im internationalen Vergleich um mindestens ein Jahrzehnt zurückgeworfen.